

# Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

N<sup>o</sup> 12.

Diese Zeitung erscheint alle 14 Tage Sonnabends.  
Preis pro Quartal durch die Post bezogen 66 Pf.  
Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.  
Geschäftsinserte pro Spalte, Zeile oder deren  
Raum 25, f. Zahlst. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,  
Sonnabend, 10. Juni 1905.

Verlag:  
A. Bohrberg, Hannover, Burgstraße 9.  
Verantwortlicher Redakteur:  
August Drey, Hannover, Burgstraße 9, I.  
Druck von Dörnte & Böber, Hannover.

14. Jahrg.

## Das Recht auf Arbeit und das Recht auf Faulheit.

Eine zeitgemäße Betrachtung.

Von Brutus.

Der Umstand, daß zu gewissen Zeiten Tausenden und Hunderttausenden von Menschen die Möglichkeit genommen ist, ihre fleißigen Hände zu rühren und sich durch ehrliche Arbeit einen Lebensunterhalt zu erwerben, muß jedem aufmerksamen Beobachter des modernen Wirtschaftslebens als ein schlimmer Fehler des kapitalistischen Gesellschaftslebens erscheinen. Zumal die Massenarbeitslosigkeit, wie sie sich in Zeiten einer wirtschaftlichen Depression bemerkbar macht, offenbart sich als ein furchtbarer Widersinn und eine schreiende Ungerechtigkeits. In derselben Zeit, in der alle Böden und Speicher und Wägen mit Waren gefüllt sind, die keinen Absatz finden, laufen zahlreiche Menschen hungrig und frierend auf der Straße herum, weil sie keine Arbeit und keinen Verdienst haben, und deshalb nichts kaufen können.

Bereits kurz nachdem die kapitalistische Gesellschaft unter den Stürmen der französischen Revolution ihren Einzug gehalten und ein neues Reich der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit gegründet hatte, trat die Arbeitslosigkeit als Massenerscheinung auf, weshalb ernste Denker und barmherzige Menschenfreunde sich bewegen fühlten, dieser Frage näher zu treten. Einer dieser Denker und Menschenfreunde war der Franzose Charles Fourier, geboren im Jahre 1772 und gestorben im Jahre 1837, der zuerst die Behauptung aufstellte, daß jeder Mensch auf Grund seiner Existenz die Berechtigung habe, von der Gesellschaft Arbeitsgelegenheit zu fordern. Er ist deshalb der wissenschaftliche Begründer des vielgenannten „Rechts auf Arbeit“. Anknüpfend an die Untersuchungen Rousseaus, eines Vorläufers der Revolution, geht Fourier in seinem 1822 erschienenen Werke „Theorie eines Einheitsstaates“ auf den sagenhaften Urzustand der Menschheit zurück. „Der Wilde“, so führt er aus, „hatte einstmal das Recht auf freies Fruchtbrechen, freie Weidenbenutzung für sein Vieh, freie Jagd, freien Fischfang, freie Verbindung mit seinesgleichen, auf ein sorgenloses Dasein und auf freie Aneignung jedes beliebigen Genußmittels. Diese sieben Rechte hat der Mensch in der heutigen Gesellschaft nicht mehr. Wodurch entschädigt ihn aber die Gesellschaft für solchen Verlust? Etwa dadurch, daß sie ihm die „Freiheit“ gebracht hat und daß sie ihm das „Glück“ gewährleistet, in einem „Verfassungsstaate“ zu leben? Solche Einfaltigkeiten verdienen nicht einmal den Namen einer Illusion und können unmöglich einen modernen Lohnarbeiter befriedigen, der vor allen Dingen nach seinem Appetit essen will und sorglos leben möchte, wie der Wilde. Was gibt man also dem armen Arbeiter für die freie Jagd und den Fischfang, für die Frucht und die Viehherden? Das Glück, unter einer Verfassung zu leben! Aber der Arme kann doch unmöglich die Verfassung lesen, anstatt zu mittag zu essen! Es heißt, ihn in seinem Elend noch obendrein verhöhnern, wenn man ihm eine solche Entschädigung anbietet!“

Im weiteren Verlaufe seiner Untersuchung erklärt Fourier, das mindeste, was der Mensch von der heutigen Gesellschaft zu fordern habe, sei das Recht, seinen Hunger zu stillen. Da aber in der modernen Gesellschaft dem Besitzlosen nur dann die Möglichkeit geboten wird, sich Essen zu verschaffen, wenn er zuvor durch seine Arbeit Geld verdient hat, so muß ihm eben die Gesellschaft die Gewähr leisten, daß er jederzeit passende Arbeitsgelegenheit findet, weil er andernfalls nicht mehr imstande ist, sein Leben zu fristen. Infolgedessen, so schließt Fourier, ist das Recht auf Arbeit das wichtigste und wesentlichste Menschenrecht.

Diesem sehr vernünftigen Gedanken gegenüber predigten auf der anderen Seite des Kanals die englischen Nationalökonomten Ricardo und Malthus das Evangelium des nacktesten Egoismus. Ersterer erklärt die durch die Arbeitslosigkeit entstehende Not der Volksmassen für ein notwendiges, unabwendbares Uebel, das man nicht bellen dürfe, sondern ertragen müsse als die Rehrseite der glänzenden Medaille. Das Elend der Armen ist nach ihm der Nährboden für den Ueberfluß der Reichen, das eine ist das notwendige Gespenst des anderen, und da der Reichtum eine Not-

wendigkeit ist, ohne den kein Kulturfortschritt bestehen kann, so muß man auch sein Gegenstück, die Armut, als eine unabänderliche Schickung hinnehmen und sich mit dem Gedanken trösten, daß eben nichts auf Erden vollkommen ist. Noch krasser und schamloser drückt Malthus diesen Gedanken in folgenden Worten aus: „Ein Mensch, der nicht von seiner Familie ernährt wird, oder dessen Arbeit niemand gebrauchen kann, hat nicht das Recht, von der Gesellschaft irgend welche Nahrungsmittel zu fordern; er ist wirklich überflüssig auf der Welt, an dem großen Gastmahl der Natur ist für ihn kein Kuvert aufgedeckt worden. Die Natur selbst gebietet ihm, sich wieder zu entfernen und säumt nicht, diesen Befehl selbst zur Ausführung zu bringen. Jeder ist auf dieser Erde nur für sich da, um so schlimmer für die, welche hienieden zu viel sind.“

Es darf uns kaum wunder nehmen, daß diese praktischen Engländer solche Ansichten äußerten, da die gesamte damalige Volkswirtschaftslage das Gefühl des Mitleids mit dem grauenhaften Elend der großen Masse des Volkes gar nicht kannte. Selbst ein kapitalistischer Professor, der verstorbene Dr. Reinhold in Berlin, hat darauf hingewiesen, daß der Begriff des Mitleids in der ganzen bürgerlichen nationalökonomischen Literatur des 18. und der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts durchaus nicht vorkommt. Man hielt eben, wie bereits erwähnt, das Massenelend für eine nicht zu beseitigende Begleiterscheinung der herrschenden kapitalistischen Weltordnung.

Zum Glück für die Entwicklung der Menschheit ließ sich diese brutalegoistische Theorie in der Praxis nicht aufrecht erhalten. Das wachsende Elend der Volksmassen und die dadurch herbeigeführten Gefahren für die Gesellschaft, ganz besonders aber die durch die Massenarbeitslosigkeit erzeugte Verminderung der Kaufkraft eines Volkes zwangen die maßgebenden Faktoren, sich immer wieder mit dieser Frage zu befassen. Die Armen, die „Vielzuvielen“, für die an dem Gastmahl der Natur kein Kuvert aufgedeckt worden war, talen den Reichen nicht den Gefallen, sich stillschweigend wegzustehlen, um den im Ueberfluß Schwelgenden nicht den Appetit zu verderben, im Gegenteil, sie schrien so laut und so unablässig, daß es den anderen ganz unheimlich in die Ohren gellte. Auch die Natur war nicht so freundlich, den Gauskneccht zu spielen und die unliebamen, ungebeten Gäste einfach an die Luft zu setzen. Infolgedessen wurden die „Herrenmenschen“ unanständig ihrem Verdauungsschlafchen aufgeschreckt und vor ihren Augen erschien das Massenelend als grausiges Schreckgespenst. Die soziale Frage wurde immer brennender und forderte immer gebieterischer eine Lösung. Wenn man auch nicht wußte, wie diese Lösung vor sich gehen sollte, so stimmte man doch darin überein, daß etwas geschehen müsse, um das Massenelend aus der Welt zu schaffen. Der liberal-manchesterliche Grundsatz des „laissez-faire, laissez-passer“, des „Gehens und Treibenlassens“, war damit überwunden und an dessen Stelle trat der Ruf nach Sozialreform.

In diesen sozialen Reformbestrebungen spielte Jahrzehnte hindurch das „Recht auf Arbeit“ eine große Rolle. Es wurde durch die Schüler Fouriers, dessen bedeutendster Victor Considérant war, in die Volksmasse geschleudert und in der Revolution von 1848 auch in die Praxis übergeführt. Im Juni dieses Jahres nämlich gelang es Louis Blanc, in der provisorischen Regierung ein Gesetz durchzudrücken, das das „Recht auf Arbeit“ ausdrücklich garantierte. Er aber selbst seinen Plan, dieses Recht zu verwirklichen, ausarbeiten und vorlegen konnte, hatte die Regierung, um sich populär zu machen, bereits die sogenannten Nationalwerkstätten ins Leben gerufen, worin jeder Arbeituchende gegen einen Tagelohn von 2 Frks. (1,60 Mk.) beschäftigt werden sollte. Wie vorauszu-sehen war, schlug dieses überhastete und ohne jede Sachkenntnis unternommene Experiment gänzlich fehl und die Nationalwerkstätten wurden bald wieder aufgelöst. Ueber die Gründe des Fehlschlagens ist viel gefabelt worden, und vor allen Dingen hat man es dem Sozialismus in die Schuhe schieben wollen, während nachweisbar die sozialistischen Mitglieder der damaligen Regierung gar keinen Anteil daran hatten. Der Versuch, das Recht auf Arbeit zu verwirklichen, mußte mißlingen, weil, abgesehen von dem bösen Willen und der mangelnden praktischen Befähigung seiner Unternehmer, die Ausführung unter den da-

maligen Verhältnissen einfach unmöglich war. Es war den maßgebenden Faktoren jener Zeit nicht möglich, einem jeden Arbeitslosen und Arbeitswilligen Gelegenheit zu schaffen, weshalb die sogenannten Nationalwerkstätten im Grunde genommen nur keine Werkstätten waren, sondern lediglich eine Organisationsform, die einen Teil der ihr überwiesenen Arbeiter an zinnigem Erdbau wählen und anderen unproduktiven Arbeiten beschäftigte. Das Experiment scheiterte also, und seit der Zeit verschwand in Frankreich das „Recht auf Arbeit“ aus dem Bereiche der öffentlichen Agitation. In anderen Ländern, z. B. in Deutschland und der Schweiz, trat es hin und wieder als theoretische Forderung hervor, ohne daß es in dieser Hinsicht zu praktischen Ergebnissen gekommen ist. Auch der deutsche Reichskanzler, Fürst Bismarck, gebrauchte anfangs der achtziger Jahre dieses Schlagwort, dessen eigentliche Bedeutung ihm unklar geblieben war, um damit die Sozialdemokratie lahm zu legen, doch ist es nicht zu praktischen Versuchen in dieser Richtung gekommen.

Es darf uns kein Wunder nehmen, daß das „Recht auf Arbeit“ in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft keine Aussicht auf Verwirklichung hat. Der Kapitalismus ist nicht imstande, einem jeden arbeitsfähigen und arbeitslustigen Menschen Arbeitsgelegenheit zu verschaffen, da infolge der fortwährend steigenden Produktivkraft der menschlichen Arbeit das Angebot von Arbeitskräften stets größer ist, als die Nachfrage nach solchen. Erst in einer künftigen Gesellschaft, die auf einer geordneten Produktions- und Verteilungsweise aufgebaut ist, wird es möglich sein, jedem Menschen Arbeit zu verschaffen.

Gerade entgegengesetzt mit dem „Recht auf Arbeit“ steht es mit dem „Recht auf Faulheit“. Während man der großen Masse des Volkes das Recht auf Arbeit verweigert, räumt man der kleinen Anzahl der Bevorzugten das Recht auf Faulheit willig ein. In den „feinen Kreisen der oberen Zehntausend“ herrscht noch sehr häufig die Meinung, daß die Arbeit etwas Plebejisches sei, das nur den unteren und mittleren Schichten des Volkes zukomme. Ein Aristokrat, der auf den Höhen des Lebens wandelt, kann doch unmöglich wie ein gewöhnlicher Sterblicher irgend eine produktive Arbeit verrichten; er repräsentiert nur und wirkt schon durch sein bloßes Auftreten; sein Dasein allein ist Arbeit genug, und die Menschheit muß diesem „Leberrmenschen“ dankbar sein, daß er sich herbeiläßt, den schuldigen Tribut in Empfang zu nehmen. Ein solcher „Herrenmensch“ bedient sich der übrigen Menschheit als eines Fußstuhls und läßt es auch an den betreffenden Fußtrittern nicht fehlen. Um ihre vierundzwanzig freien Stunden, die sie jeden Tag haben, auszufüllen, verfallen diese Leute auf allerlei noble Passionen: Pferderennen, Taubenschießen usw. und vertreiben sich die Zeit mit leeren Gedeckten und Nichtigkeiten; ein aufgeblasenes Eigerltum macht sich breit; die Damen sind Modepuppen und die Herren blaßeste Affen. Und eine solche höhlköpfige, faule Bande blüht mit Verachtung auf den „Pöbel“ herab, der in harter Fronde, durch ehrliche Arbeit, die Lebensgüter erzeugt.

Aber auch in den Kreisen des Bürgertums verliert das Dichtermotiv „Arbeit ist des Bürgers Herd!“ von Tag zu Tag mehr seine Geltung. Während die tieferen Handwerksmeister und Fabrikanten auf die „begehrlichen und faulenzenden“ Arbeiter schimpfen, sitzen sie selbst ganz gemächlich beim Frischschoppen, den sie häufig stundenlang ausdehnen; während ihre Frauen in sittliche Entrüstung ausbrechen über die Faulheit der Dienstmädchen, verträdeln sie selbst halbe Tage lang mit ihren Kaffeekränzchen und Klatschbasengesellschaften; während die Herren Söhne für die Knut und das Buchhaus schwärmen, um die „arbeitscheuen Elemente“ Moses zu lehren, bummeln sie selbst tagelang mit viden Eigerlköpfen und aufgetrempelten Hosen auf den Trottoirs und Rembahnen herum. Ähnlich liegt es auch bei den Beamten. Hier ist es ja Stadt- und Landbekannt, daß die eigentliche Arbeit von den unteren und mittleren Beamten geleistet wird, während die Oberbeamten, die doch die höchsten Gehälter beziehen, sich einer schneckenhaften Langsamkeit befleißigen und sich bei ihrer Arbeit „keine Beine ausreißen“.

Demgegenüber berührt die Arbeitsfreudigkeit umso angenehmer, die in der Arbeiterklasse herrscht. Allerdings sind die Arbeiter heutzutage auch nicht mehr so dumm und arbeiten sich zu Tode, sie fordern vielmehr eine normale, nicht allzu lange Arbeitszeit und eine normale Arbeitsleistung, aber das „Recht auf Faulheit“ nehmen sie doch nicht für sich in Anspruch. Sie wissen, daß die Arbeit eine Notwendigkeit und zugleich ein Segen für die Menschheit ist, und daß sich kein Mensch mit gesunden Gliedmaßen der Arbeitspflicht entziehen darf. Sie erstreben eine Gesellschaftsordnung, in der das „Recht auf Faulheit“ verschwunden, und das „Recht auf Arbeit“ zur Wahrheit geworden ist.

## Der fünfte deutsche Gewerkschaftskongress

der vom 22. bis 26. Mai in Köln getagt hat, mußerte 1 1/2 Millionen organisierter Arbeiter und Arbeiterinnen. Es waren 213 Delegierte anwesend. In Halberstadt vertreten auf dem ersten Gewerkschaftskongress 208 Delegierte 300 000, und auf dem nächsten Kongress, wo zum erstenmal nur Vertreter der Verbände zugelassen wurden, vertreten 139 Delegierte nur 271 000 Organisierte. In Frankfurt a. M. waren 495 000 Organisierte durch 130 Delegierte vertreten, in Stuttgart 681 000 Organisierte durch 166 Delegierte, und hier schließlich vertreten 213 Delegierte 1 252 000 Organisierte. Das ist ein gewaltiger Fortschritt. Mit der äußeren Entwicklung der Gewerkschaften hat der innere Ausbau mindestens gleichen Schritt gehalten. 1891 hatten die Gewerkschaften eine Einnahme von 4,02 Mt. auf den Kopf, 1903 eine Einnahme von 18,60 Mt. Der Kassendebetrag betrug 1891 425 000 Mt., pro Kopf 1,53 Mt., 1903 aber 16 109 000 Mt., pro Kopf 14,59 Mt. Auch die innere Einheit hat gewonnen. Zwar kommen zwischen einzelnen Gewerkschaften Grenzstreitigkeiten vor, aber nach außen stehen die Gewerkschaften in vollster Einmütigkeit und Geschlossenheit da.

Von den wichtigen Arbeiten des Kongresses ist zunächst die Beratung und Beschlußfassung über die künftige Regelung der Anführung von Mitteln zur Unterstützung großer Kämpfe zu nennen. Es hat sich ja im letzten Jahre und besonders beim großen Eisenhüttenstreik herausgestellt, daß die Solidarität der deutschen Arbeiter untereinander in einer Weise benutzt wird, die überall einen recht peinlichen Eindruck macht. Es sind z. B. vom Textilarbeiterverband ganz enorme Summen von dem durch die Allgemeinheit aufgebracht Geld zu Zwecken verwendet worden, die der Absicht der Geber völlig fern lagen, während gleichzeitig andere Organisationen im Kampfe mit dem Internationismus wegen Mangel an Mitteln unterlagen. Die groß das Bedürfnis nach einer Regelung dieser Materie ist, beweisen die zahlreichen diesbezüglichen Vorschläge, die dem Kongress vorlagen. Der Kongress einigte sich dann auf eine Regelung im Sinne der Antragsteller, indem er folgende Resolution ergab nur 17 Stimmen annahm:

Der Kongress erklärt:

1. In bezug auf die Streikunterstützung ist mit ganzer Entschiedenheit an dem Grundsatz festzuhalten, daß die Führung der Streiks, so auch die Beschaffung der Mittel zu ihrer Unterstützung Aufgabe jeder einzelnen Gewerkschaft und die allein richtige Beschaffung der Mittel die Erhebung ausreichender hoher Mitgliederbeiträge ist.

2. Der Kongress macht es deshalb den Gewerkschaften zur Pflicht, soweit es noch nicht geschehen ist, ihre regelmäßigen Beiträge festzusetzen, daß sie ihnen auch größeren Anforderungen gegenüber die finanzielle Selbstständigkeit sichern, wie auch bei der Beschaffung über Arbeitseinstellung sich immer im Rahmen der eigenen finanziellen Leistungsfähigkeit zu halten.

3. Ist somit die Anführung von Mitteln zur Streikunterstützung durch allgemeine Sammlungen in gewöhnlichen Fällen zu vermeiden, so kann trotzdem auch in Zukunft bei unerwarteten großen Streiks oder Ausprägungen ausnahmsweise die finanzielle Hilfe der gesamten organisierten Arbeiter zur erfolgreichen Durchführung solcher außerordentlichen Kämpfe im allgemeinen Interesse notwendig werden.

4. In solchen außerordentlichen Fällen soll deshalb die Generalkommission ermächtigt sein, auf Antrag der betreffenden Gewerkschaften unter Zustimmung der übrigen Zentralvorstände die Beschaffung finanzieller Mittel eventuell durch Vornahme allgemeiner Sammlungen zu veranlassen.

5. Die Gewährung jeder detartigen Unterstützung hat zur Voraussetzung, daß der Generalkommission von der betreffenden Gewerkschaft über die Zeitdauer des Kampfes und alle tatsächlichen Maßnahmen bis zu seiner Beendigung das Mitbestimmungsrecht eingeräumt wird. Ueber die zweckmäßige Verteilung der gesammelten Gelder hat die Generalkommission zu entscheiden. Alle solche Gelder sind aus diesem Grunde an die Generalkommission abzugeben.

6. Die Gewerkschaftskartelle sind nicht berechtigt, selbstständig solche Sammlungen vorzunehmen, sondern erst dann, wenn durch die Generalkommission ein diesbezüglicher Auftrag erfolgt. Besondere Beiträge für die angeschlossenen Gewerkschaften zu diesem Zwecke zu beschließen, ist dem Kartell nicht gestattet.

7. Die Kontrolle der Generalkommission über die richtige Verwendung der Einnahmen und etwaiger Ueberschüsse einer Sammlung steht der Konferenz der Zentralvorstände zu.

In der Frage des Heimarbeiterschutzes nahm der Kongress eine Resolution an, in welcher 1. der Kongress die Forderungen des Heimarbeiterschutzes in Berlin als des mindesten bezeichnet, was zum Schutze der Heimarbeiter von der Regierung verlangt werden muß; 2. die Arbeitervertreter aufgefordert werden, die für die Heimarbeit formidabelsten in ihrer Pflicht zu erwidern bzw. selbst einen entsprechenden Gesetzesentwurf einzubringen, und 3. die Gewerkschaften verpflichtet werden, nach Kräften alle auf Besserung der elenden Zustände in der Heimindustrie gerichteten Bestrebungen zu unterstützen. Weiter beschloß der Kongress, gemäß einem Antrage aus Wiesbaden, beim Bundesrat die Ausdehnung der Alters- und Invalidenversicherung zu beantragen. Außerdem wurde noch eine Resolution angenommen, in der es heißt: „Da es sich in der Heimarbeiterschutzes um Interessen handelt, die weit über den Rahmen der einzelnen Berufe hinausgehen, hält der Kongress die Einsetzung einer besonderen Kommission nicht für notwendig, sondern beantragt die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, im Sinne der Beschlüsse des Heimarbeiterschutzes zu wirken. Der Kongress verpflichtet die Generalkommission insbesondere, die Forderungen des Heimarbeiterschutzes zu geeignetermaßen vorzuschlagen zu veranlassen, und die Propaganda hierfür in Wort und Schrift zu unterstützen. Bei der Unterbreitung der Heimarbeiterschutzes an den Landes, Bezirksämtern und Reich ist der Arbeitervertreter des erforderlichen Material zu unterstützen. Die Generalkommission hat alles zu tun, was zur Erreichung dieses Zweckes geeignet ist, und die Gewerkschaft zu veranlassen, den Heimarbeiterschutzes zu fördern.“

Ueber den Fortschritt der Kommission zur Bekämpfung des Lohndrückens erklärte der Kongress sich wie

folgt: „Die Kommission hat eine lange Resolution, die sozusagen das Programm der genannten Kommission darlegt. Die Resolution legt zunächst auseinander, daß die Befestigung des Kopf- und Logiszwanges, mit dem viele von den sogenannten Wohlhabenseinrichtungen moderner Großbetriebe, wie Arbeiterwohnungen u. dgl. m. identisch sind, im Interesse aller Arbeiter liegt, und gibt dann die zur Bekämpfung anzuwendenden Mittel an und beauftragt die Kommission mit der Ausführung, dabei alle unter dem Kopf- und Logiszwange leidenden Gewerkschaften zur Unterstützung der Kommission verpflichtend.“

In dem Punkt Gewerkschaften und Genossenschaften nahm der Kongress eine Resolution an, die folgendermaßen lautet:

„Der Gewerkschaftskongress erblickt in der Organisation des Konsums durch die Genossenschaft ein Mittel zur Erhöhung des Lebenshaltung und der genossenschaftlichen Erziehung des Volkes und hält es im Interesse des Proletariats für geboten, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen durch ihren Beitritt zu den Konsumvereinen und Propagierung der genossenschaftlichen Ideen die Genossenschaftsbewegung in Deutschland aufs tatkräftigste unterstützen. Der Kongress verpflichtet namentlich die Gewerkschaftsmitglieder, in den Konsumvereinen das Bestreben zu fördern, auf Grundlage des organisierten Konsums zur eigenen Produktion der Bedarfsmittel der großen Masse der Konsumenten zu schreiten.“

Die Eigenproduktion der Konsumgüter und ihrer Groß-einkaufsgesellschaft hat in Deutschland für die gewerkschaftlichen Bestrebungen vieler Berufe einen Stützpunkt und einen Anhalt zu bieten dadurch, daß genossenschaftliche Großbetriebe mit musterhaften sanitären Einrichtungen geschaffen werden.

Hierzu hält der Kongress die Genossenschaften aus eigenem Interesse für verpflichtet, da durch die Tätigkeit der Gewerkschaften die Konsumkraft des Volkes erhöht und in weiterer Folge die Konsumereinsbewegung gefördert wird.“

Ausgehend von diesen Ermahnungen, bringt der Kongress in der Resolution dann zum Ausdruck, daß er es als im Interesse sowohl der Genossenschaften als auch der Gewerkschaften erachtet, wenn beide Bewegungen sich gegenseitig unterstützen und Differenzen möglichst vermeiden. Der Kongress hält es deshalb für geboten, daß die Genossenschaften auf gemein geltende Lohnsätze und Arbeitsbedingungen anerkennen, die in Zucht-häusern und Strafanstalten oder zu Hungerlöhnen hergestellten Fabrikate vom Betrieb ausschließen, möglichst Produktionsgenossenschaften, die im gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Interesse wirken, unterstützen, bei Austragen tarifstreue Firmen bevorzugen, bogotillierte Firmen beim Wareneinkauf meiden und zur Schlichtung von etwaigen Differenzen mit den Gewerkschaften ein Schiedsgericht anrufen.

In der Frage, ob Arbeitskammern oder Arbeiterkammern die zweckmäßigste gesetzliche Vertretung der Arbeiter darstellen, hat der Kongress sich für Arbeiterkammern entschieden.

Ueber die Stellung der Gewerkschaften zum Generalstreik hielt Böhmert, der Vorsitzende des Maurer-Verbandes, das Referat. Es wurde die nachstehende Resolution gegen sieben Stimmen angenommen:

„Der fünfte deutsche Gewerkschaftskongress erachtet es als eine unabwendbare Pflicht der Gewerkschaften, daß sie die Verbesserung aller Dinge, auf denen ihre Existenz beruht und ohne die sie nicht in der Lage sind, ihre Aufgaben zu erfüllen, nach besten Kräften fördern, und alle Versuche, die bestehenden Volksrechte zu beschneiden, mit aller Entschiedenheit zu bekämpfen.“

Auch die Taktik für etwa notwendige Kämpfe solcher Art hat sich nach den jeweiligen Verhältnissen zu richten.

Der Kongress hält daher auch alle Versuche, durch die Propagierung des politischen Klassenkampfes eine bestimmte Taktik festlegen zu wollen, für verwerflich; er empfiehlt der organisierten Arbeiterklasse, solchen Versuchen energisch entgegenzutreten.

Den Generalstreik, wie er von Anarchisten und Zentron ohne jegliche Erfahrung auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Kampfes vertreten wird, hält der Kongress für undiskutabel; er warnt die Arbeiterklasse, sich durch die Unannehmlichkeiten und Verbrennung solcher Ideen von der wichtigsten Kleinarbeit zur Stärkung der Arbeiterorganisation abhalten zu lassen.“

In Sachen der Maifeier nahm der Kongress von einer Beschlußfassung Abstand. Der Referent, Arbeitersekretär Robert Schmidt, gab in seinem Schlusswort der Hoffnung Ausdruck, daß der nächste internationale Kongress hinsichtlich der Maifeier eine für die Gewerkschaften beschließende Regelung treffen wird. Ferner wünschte der Kongress durch eine von dem Vorsitzenden Böhmert abgegebene Erklärung, daß Parteivorstand und Generalkommission vor Statistiken des internationalen Kongresses sich auf einen gemeinsamen Standpunkt zur Maifeier einigen.

Bemerkenswert ist folgender Beschluß:

Die Generalkommission möge der Frage der gewerkschaftlichen Unterrichtskurse näher treten. Sie erhält das Recht, die für Lehrkräfte und Unterrichtsmaterial nötigen Kosten herzugeben.

Das Kapitel Grenzstreitigkeiten war als besonderer Punkt verhandelt worden. Der Delegierte Simon (Schuhmacher) beantragte: „Alle Anträge, die sich auf die sogenannten Grenzstreitigkeiten beziehen, von der Tagesordnung abzusetzen und der nächsten Vertikalkonferenz zu überweisen.“ Dieser Antrag wurde angenommen, erhielt aber vom Vorsitzenden eine solche Deutung, nach welcher einige andere Anträge zu den Grenzstreitigkeiten, darunter auch eine dem Kongress vor Eröffnung der Verhandlung kommende Resolution der Metallarbeiter, zur Verhandlung kommen sollten. Das geschah dann auch trotz des Widerspruchs von Simon. Die Resolution der Metallarbeiter lautet:

„In Erwägung, daß die gewerkschaftliche Agitation den Zweck verfolgt, die indifferenten Arbeiter den Gewerkschaften anzuschließen, und die Mitglieder der Organisationen durch Aufklärung mehr und mehr von den irdischen und materiellen Zielen und Zwecken der Organisationen zu überzeugen, sie zu ihren Mitgliedern zu erziehen, in weiterer Erwägung, daß jeder Streik ein von der Organisation dieser so dringend notwendige Agitation erfordert, erklärt der Kongress: Die Resolutionen des Gewerkschaftskongresses zu Frankfurt a. M. sind aufgehoben. Arbeiter — gelernte und ungelernete — die in einem Betriebe zusammenarbeiten und deren Tätigkeit bei der Herstellung von Produkten organisch zusammenhängt, sind in dem für ihren Beruf ersichtlichen Zusammenschluss zu organisieren.“

Ergänzend betriebsfremde Arbeiter, z. B. Maurer und Zimmerer in Industriebetrieben, Arbeiter in Schiffswerften, Holzarbeiter in Waggonfabriken, in Uhr- und Nähmaschinenfabriken u. dgl. m., Metallarbeiter aller Art in Betrieben der Holzindustrie u. dgl. m., sind dem Zusammenschluss ihres Berufes anzuschließen.“

Es ist deshalb jede Agitation als unzulässig zu bezeichnen, die gegen diesen Grundsatz verstoßt. Ebenso unzulässig ist jede Agitation, die den Zweck hat, Mitglieder ihrer Organisationen abzuwerben zu machen, insbesondere wenn die Erziehung niedriger Beiträge dabei als Lockmittel angewendet wird.

Bei der Aufnahme von Mitgliedern aus anderen Organisationen gilt der Grundsatz, daß diese nur aufgenommen werden, wenn sie ihre Abmeldung aus der früheren Organisation vollzogen und ihre Beiträge bezahlt haben.

Diese Resolution kam nicht zur Abstimmung. Es wurde beschlossen:

Unter Aufhebung der Resolution Basse wird den Zentralvorständen überlassen, über die Grenzstreitigkeiten bis zum nächsten Gewerkschaftskongress ein Provisorium zu schaffen.

## Der Gewaltstreik der Metallindustriellen.

Am 26. Mai haben die neun größten Firmen der Münchener Metallindustrie verlangt, daß in allen Betrieben, in denen Lohnbewegungen zu verzeichnen waren, am 2. Juni bedingungslos die Arbeit aufgenommen werden müsse, im anderen Falle würden die Betriebe gänzlich eingestellt und nach einer weiteren Frist die Betriebs-einstellungen auf ganz Bayern ausgedehnt.

Die bedingungslose Unterwerfung wurde einmütig von den Arbeitern zurückgewiesen.

Kann liegen die organisierten Unternehmer die Rechte fallen und zeigen, daß der Zwang ihres Vorgehens war: die Arbeiterorganisationen zu vernichten. Am 2. Juni wurde in den Betrieben folgende Bekanntmachung angeschlagen:

**Bekanntmachung.**  
Nachdem die Arbeit bei dem vom August betroffenen Firmen nicht wieder aufgenommen worden ist, wird unter Hinweis auf die Bekanntmachung vom 26. Mai d. J. der Betrieb am Sonnabend, den 3. Juni d. J., nachmittags mit Schluß der Arbeit eingestellt.

Die unterzeichnete Firma fordert jene Arbeiter, die in Teue zu ihrem Arbeitgeber zu halten gewillt sind, auf, dieser Bestimmung auch Ausdruck zu geben, und ist zu diesem Zwecke eine Erklärung nachstehenden Inhalts abzugeben:

„Ich Unterzeichneter erkläre hiermit, daß ich nicht Mitglied irgend einer Arbeiterorganisation bin und das Vorgehen der sogenannten Arbeiterführer auf das schärfste verurteile, weil beide nur Unfrieden zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sät und gleich schädliche Folgen für Industrie und Arbeiterschaft hervorrufen.“

Ich erkläre, daß ich weder freitende noch ausgesperrte Arbeiter mit Beiträgen unterstützen werde, und genehmige ausdrücklich die Veröffentlichung dieser meiner Erklärung unter Unterschrift.“

Die unterzeichnete Firma wird diejenigen Arbeiter, die diese Erklärung unterzeichnen, soweit es irgendwie möglich, vom kommenden

Montag, den 5. Juni d. J., morgens, ab unter Anrechnung der bisherigen Dienstzeit wieder einstellen.

Sollte die Anzahl der Unterzeichner eine so geringe sein, daß die gänzliche Betriebs-einstellung gleichwohl weiter erforderlich erscheint, so trifft die Verantwortung für die aus der Betriebs-einstellung dem einzelnen erwachsenden Folgen die Organisationsleiter.

Formulare zur Erklärungsabgabe werden jedem Arbeiter zugeteilt, liegen anerkennend auch beim Portier auf und sind längstens bis

Sonabend, den 3. Juni d. J., mittags 12 Uhr, unterzeichnet oder nicht unterzeichnet in verschlossenem Kuvert abzugeben.

München, den 2. Juni 1905.  
(Name der Firma.)

So werden also Arbeiter, die mit der bisherigen Bewegung gar nichts zu tun hatten, brutal als Pfaffen geworfen und nur gegen niederträchtigen Verrat und laienhafte Unterwerfung gestattet von ihnen, weiter arbeiten zu dürfen. Das es bisher noch unzulängliche, dieses freche Verhalten eines prägnanten Unternehmerrings war geeignet, sie auf die richtige Bahn zu bringen. Die Arbeiter stellen Verrat an ihrer Organisation über, in dem gleichen Augenblick, in dem die Unternehmerruppe die Macht ihrer Organisation gegen die Sklaven ins Feld führt. Mit Absicht und Enttäuschung wurde ein solches gemeinsames Anstreben in den abends stattgehabten Versammlungen einmütig zurückgewiesen.

Damit ist die Ausprägung perfekt geworden, 2000 Metallarbeiter werden von den Metallindustriellen auf das Pfaffen geworfen und so helfen die nämlichen Leute, darunter „Frieden“ der liberalen Partei, die sonst immer über die langsame industrielle Entwicklung Bayerns klagen, die Industrie selbst zu zerstören.

Diese „Arbeit“ der Unternehmer aber gipfelt in der Vernichtung der Arbeiterorganisation.

So stark jedoch werden auch die bayerischen Metallindustriellen nicht werden.

Dieses brutale Vorgehen allein hat schon bewirkt, daß die Arbeiter einiger und geschlossener denn je dastehen und entschlossen sind, den ihnen auferlegten Kampf mit Energie und Ausdauer zu einem erfolgreichen Ende zu führen.

Den Herren, die auf Recht und Anstand pfeifen, fällt die Verantwortung für alles Kommen zu.

Unsere Organisation ist bei diesem Gewaltakt mit über 400 Mitgliedern beteiligt.

## Vom sozialen Kampflage.

— Die Gummifabrik vorm. Städtich, jetzt H. & S. in Frankfurt am Main sucht in Hannover Arbeiterinnen, welche Flachringe anfertigen können. Infolge der niedrigen Bezahlung — es kommt vor, daß Mädchen, die beim Flachringmachen beschäftigt sind, 7 bis 8 Mt. pro Woche verdienen — bekommt die Firma in Frankfurt nicht genügend Arbeiterinnen, denn mit einem solchen Lohn kann kein Mädchen dort anständig leben. Wir warnen die Gummifabrikanten sowohl in Hannover als auch anderwärts, sich von der genannten Firma anwerben zu lassen, weil es unmöglich ist, mit dem Lohn anzukommen.

— In Leipzig haben unsere, bei der Firma Berger u. Wirth, Farbenfabrik, beschäftigten Kollegen eine Lohnherabsetzung von durchschnittlich 10 Prozent und eine kleine Verkürzung der Arbeitszeit erreicht, und zwar ohne Einstellung der Arbeit. Die Kollegen, die fast alle organisiert sind, werden diese Errungenschaft sich auch zu erhalten wissen.

— In Weimar hat die Leitung der Waggonfabrik am 5. Juni alle beschäftigten Personen einschließlich der Unorganisierten ausgesperrt.

— In Heilbronn traten die auf der chemischen Fabrik Wohlgelegen beschäftigten Kollegen, 345 an Zahl, und 7 Kolleginnen in eine Lohnbewegung ein. Sie forderten eine Lohnherabsetzung von 5 Prozent, Abschaffung der Prämien, dafür Lohnzuschlag, für Sonntagarbeit und für die 24stündige Schicht 30 Prozent Zuschlag, für Überstunden 25 Prozent Zuschlag, bessere Instandhaltung und Beleuchtung der Arbeitsräume, Ueberdachung des Steinplatzes, Erstattung des Rapports innerhalb der Arbeitszeit, bessere Behand-

lung, Abschaffung sämtlicher Strafen, Einsetzung eines Arbeiterrats, Anerkennung der Organisation oder Anerkennung der von der Organisation Beauftragten als Vertreter der Arbeiter. Wegen der Forderungen wurde dreimal in Verhandlungen getreten. Es wurde bewilligt eine Lohnerhöhung. Der Lohn war vor der Bewegung 25—35 Pf., nach der Bewegung 29—40 Pf. Für Überstunden wurde ein Zuschlag von 10 Pf. gewährt, für Sonntagsarbeit und die 24stündige Schicht wurde 1 Mark Zulage gewährt. Ferner wurde zugesichert: bessere Behandlung, Abschaffung der Strafen und Prämien, Zuschlag des Prämienbetrags auf den Lohn. Wir sind mit dem Erfolg unserer Lohnbewegung zufrieden, er stärkt das Vertrauen in unsere Organisation und dürfte auch für die in chemischen Betrieben anderer Städte beschäftigten Kollegen eine Anregung geben, sich der Organisation anzuschließen.

**Jahresw.** Vier standen die auf der Ziegelei von Köhler beschäftigten Kollegen in einem fünfmonatlichen Streik, der durch eine Lohnreduzierung veranlaßt war. Am 26. Mai wurde eine Vereinbarung getroffen, welche den alten Lohn tarif anerkennt, den bei der Presse beschäftigten Kollegen eine Lohnerhöhung von 1 Pf. pro Tausend zugesichert. Die Organisation wurde anerkannt und versprochen, daß Maßregelungen nicht vorkommen sollen.

In Hamburg ist eine bei der Firma Behrmann u. v. Spracklen, Mineralwasserfabrik, von unseren Kollegen eingereichte Lohnforderung von Erfolg begleitet gewesen. Der Erfolg besteht hauptsächlich darin, daß die bisher von der Firma ganz willkürlich gezahlten Löhne in eine feste, steigende Skala gebracht und in einem schriftlichen Vertrag, von der Firma und den drei Betriebsdelegierten unterschrieben, festgelegt sind. Die Löhne sind durchgehend um 10—15 Prozent erhöht, bei einer Arbeitszeit von durchschnittlich 9 1/2 Stunden. Überstunden und Sonntagsarbeit wird für Flaschenfüller mit 40 resp. 45 Pf., für Abzieher mit 45 resp. 50 Pf. entlohnt. Der Vertrag ist auf 3 Jahre festgelegt.

Auf den vereinigten Berlin-Frankfurter Gummiwarenfabriken, Mühlenstraße 70—71, sind 120 Kollegen in den Zustand getreten. Die Fabrikleitung legte eine Mißachtung des Koalitionsrechtes ihrer Arbeiter an den Tag, das letztere sich nicht länger gefallen lassen mochten, statemalen die Bezählung die günstigste nicht ist. Die Fabrik verfügt über ein Kapital von 1 800 000 Mark und schüttete in den beiden letzten Jahren 9 Prozent Dividende aus. Bei einer derartig günstigen finanziellen Lage könnte die Betriebsleitung sehr wohl den Forderungen unserer Kollegen Rechnung tragen. Eine Zweigniederlassung befindet sich in Gelsenhausen. Nach beiden Fabriken sind Engagements von in der Gummibranche tätigen Kollegen nicht anzunehmen.

Der Streik bei der Firma Schäfer Söhne in Schkeuditz dauert unverändert fort.

Der Verband der deutschen Schneider ist in einem heftigen Kampf durch den Arbeitgeber-Verband des Schneidergewerbes gedrängt worden. Weil die organisierten Schneider in Würzburg die Anfertigung von Streikarbeit verweigerten, machten sich die Leiter der Unternehmer-Organisation an, von der Verbandslitung des Schneider kategorisch die Wiederaufnahme der Arbeit in Leipzig, Würzburg und Gießen zu verlangen. Diesem anmaßenden Verlangen konnte natürlich nicht entsprochen werden. Da legte man den Schneidergehilfen in verschiedenen Städten Deutschlands Reverse zur Unterschrift vor, nach denen sie sich verpflichten sollten, Streikarbeit unweigerlich anzufertigen. In manchen Orten verlangte man noch den Austritt aus der Organisation. Wären die Schneider auf dieses Ansinnen eingegangen, so wäre das gleichbedeutend mit Entmannung gewesen. — Zugewiesen ist zwischen beiden Verbänden Frieden geschlossen. Die Reverse werden zurückgezogen.

## Polizeiliches und Gerichtliches.

Wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung war der Arbeiter Friedrich Albrecht angeklagt. A. soll gelegentlich während des Streiks bei der Firma Aders in Magdeburg einen Arbeitswilligen belästigt haben. Die Verhandlung fand vor dem Amtsgericht in der Altstadt statt. Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Landsberg, wies nach, daß kein Vergehen gegen die Gewerbeordnung, sondern nur einfache Beleidigung als vorliegend anzusehen sei. Das Gericht schloß sich den Anschauungen des Verteidigers an und sprach, da Beleidigungsfrage nicht erhoben war, den Angeklagten kostenlos frei.

Das Ende des Lütkener Dramas. Der König von Sachsen hat anlässlich seines Geburtstages den Maurice Zwahr, den letzten der aus Anlaß des Lütkener Landfriedensbruchprozesses zu langjährigen Zuchthausstrafen Verurteilten, begnadigt. Zwahr hat von den zehn Jahren seiner Strafe sechs verbüßt.

## Groß-Berlin.

Die Fortschritte, welche die Zahlstelle Berlin innerhalb des letzten Jahres gemacht hat, berechtigen wohl zu den besten Hoffnungen für ihre fernere Entwicklung. Wenn Berlin mit seinen Sehtausenden von Arbeitern trotzdem für unseren Verband noch nicht die Bedeutung hat, die es schon längst haben möchte, so liegt das an den eigentümlichen lokalen Verhältnissen, welche wohl nirgends so klar zu Tage treten, als gerade hier. Berlin ist nicht nur der Stützpunkt der größten Städte Deutschlands, sie ist auch die größte Industriestadt. Hierdurch kommt es, daß der Jugend von Arbeitern ein riesenhafter, ebenso natürlich auch der Abzug. Ein fortwährender Wechsel und Austausch von Arbeitkräften findet statt. Aus dem westlichen Gegenden Deutschlands kommen die Arbeiter nach Berlin, um hier eine bessere Existenz zu suchen. Die Agitation hat dadurch immer wieder auf neue anzufangen; wenn man denkt, der Erfolg möchte nun kommen, dann ziehen die zum Teil aufgeflossenen Leute wieder fort und es heißt nun wieder von vorn anfangen. Diese Situation der Arbeiter ist ein Grund, weshalb die Fortschritte der Organisation, trotz der

riefigen Agitation, die getrieben wird, so verhältnismäßig geringe sind. Ein zweiter Grund ist die Konkurrenz der einzelnen Organisationen untereinander, der auch nirgends so klar sein kann, wie in Berlin. Der Arbeiter-Verband vertritt jede Organisation für sich. Nicht nur die „Fische“ die Christlichen beider Gattungen und die Arbeitervereine sind die größte Stärke geben, die Arbeiter für sich einzufangen, nicht nur, daß es eine ganz natürliche Angelegenheit ist, sondern auch die Arbeitervereine, die alle dasselbe Ziel erstreben, die ungelerneten Arbeiter zu organisieren, auch deshalb alle qualifizierten Arbeiter-Verbände reklamieren ihre Halbarbeiter für sich. Hierdurch entsteht eine Verwirrung, ein gegenseitiges Bekämpfen, das es manchmal unmöglich ist. Da nun einerseits der ungelernete Arbeiter, der ja für unseren Verband nur in Frage kommt, sehr häufig mit seiner Arbeit auf gleich die Industrie wechselt, d. h. in einen ganz anderen Beruf eintritt und andererseits sämtliche existierenden und zuweilen auch nicht existierenden Organisationen in Berlin vertreten sind, so hören natürlich die Streikvereinigungen und Jungmännervereine, sowie das gegenseitige Abhängen von Mitgliedern nicht auf. Das unter den fortwährenden Streikämpfen die Agitation zum guten Teil gehemmt wird, ist einfach selbstverständlich. Aber dieses nicht allein ist zu bedauern, noch viel trauriger ist es, daß sich Kollegen des eigenen Verbandes, anstatt einträchtig Hand in Hand zu arbeiten, wie Feinde gegenüberstehen und sich gegenseitig bekämpfen. Diesen traurigen Zustand, der wohl einzig in Berlin möglich ist, zu beseitigen und den interessierten Kollegen zu unterbreiten, das soll der Zweck dieser Zeilen sein. Berlin ist von allen Seiten von starken selbständigen Gemeinden umschlossen. Es ist heute beinahe unmöglich, das Reichsbild Berlin an irgend eine Stelle zu überschreiben, ohne sich sofort in den bekannten Straßen eines Vorortes zu befinden. Man braucht häufig nur den Hauptdamm zu überschreiten und man ist in einer anderen Gemeinde. Durch das enge Aneinanderbegrenzen der Vororte untereinander einerseits und mit Berlin andererseits wechelt der Arbeiter sehr leicht auch seinen Wohnort. Er braucht ja nur im selben Straßenzug einige Häuser weiter zu gehen und er ist in einem anderen Orte. Auch dieser häufige Umzug von einem Orte zum anderen erschwert die Agitation ganz gewaltig. Viele dieser eng an Berlin angrenzenden Vororte, welche zum Teil selbst Großstädte sind, haben eigene Zahlstellen unseres Verbandes. Bereits auf dem letzten Verbandstage waren Anträge gestellt, alle nahe zusammenliegenden Zahlstellen zu einer großen leistungsfähigen Zahlstelle zu verschmelzen. Leider wurde nur der eine Antrag angenommen, daß in einem Gemeinwesen nur eine Zahlstelle sein darf. Da die Vororte Berlins aber selbständige Gemeinwesen sind, so werden sie nicht von diesem Antrage berührt. Bei den heutigen Verhältnissen kommt es sehr oft vor, daß in einer Fabrik Mitglieder von zwei, drei und noch mehr Zahlstellen zusammen arbeiten. Jeder einzelne agitiert für seine Zahlstelle, jeder sucht dem anderen die Mitglieder abzugeben und für sich zu gewinnen. Hierzu kommen noch die anderen Organisationen, so daß der vielmehreren Arbeiter fast ausschließlich nicht weiß, wo er sich nun eigentlich organisieren soll, und um der Qual der Wahl ein Ende zu machen, sich einfach garnicht organisiert. Dies geschieht um so eher, wenn, wie das leider sehr häufig der Fall ist, die gegenseitige Koalition auf persönlichem Gebiete zum Antrag gebracht wird. Große Aktionen, ein einziges Vorgehen sind hierdurch natürlich ausgeschlossen. Man wackelt einfach so weiter und läßt die Dore so laufen, wie sie will. Die Zahlstelle Berlin ist nun befreit, diesen Zustand ein Ende zu machen. Ihr Plan geht dahin, sämtliche Vorort-Zahlstellen, soweit der sogenannte Berliner Vorort-Larif der Eisenbahn geht, zu einer großen leistungsfähigen Zahlstelle zu verschmelzen, zur Zahlstelle Groß-Berlin. Die Vorteile einer derartigen Verschmelzung liegen so klar auf der Hand, daß sie von jedem Kollegen, dessen Horizont weiter reicht, wie sein heimlicher Strohstamm und der es vor allen Dingen anstrebt, mit dem Verband mehr, klar erkannt und die Verschmelzung mit Freuden begrüßt werden möchte. Um den in Frage kommenden Kollegen die Art der geplanten Verschmelzung etwas klar zu legen, möchte ich hier die örtliche Organisation der Zahlstelle Berlin einschreiben.

Die Zahlstelle Berlin ist seit etwa Jahresfrist, d. h. seit Ausrückung des ersten Beirats, um ca. 2000 Mitglieder gewachsen. Sie rechnet zurzeit mit 2000 Mitgliedern und besolbet aus eigenen Mitteln zwei angestellte Beamte. Die Organisation ist eine sehr einfache und, wie der Erfolg beweist, eine sehr gute. Jede Zahlstelle, wo organisierte Kollegen vorhanden sind, hat ihren Vertrauensmann. Dieser treibt die Agitation in der Fabrik und fungiert als Hilfsleiter, indem er den Kollegen die Beitragsmatten stellt und die Stellung gibt. Auch hält er von Zeit zu Zeit — ein großer Teil regelmäßig — Fabrikbesprechungen ab, zu denen ein Mitglied des sogenannten erweiterten Vorstandes geladen wird. Ganz Berlin ist zurzeit in 9 Bezirke eingeteilt. An der Spitze jedes Bezirkes steht der Bezirksleiter. Diese letzteren bilden mit der Ortsverwaltung zusammen den erweiterten Vorstand. Der Bezirksleiter hat die Agitation in seinem Bezirk möglichst selbständig zu treiben, allerdings mit Unterstützung der Ortsverwaltung. Er hält mit den Vertrauensleuten seines Bezirkes regelmäßig Sitzungen ab und hier wird über Maßnahmen der Agitation im Bezirk beraten. Jeden Monat einmal findet die Sitzung des erweiterten Vorstandes statt, in dieser hat der Bezirksleiter Bericht über seinen Bezirk zu erstatten. Von Zeit zu Zeit wird auch eine Vertrauensmänner-Sitzung abgehalten, in welcher die Vertrauensleute ganz Berlins — zurzeit 60—70 Kollegen — zusammenkommen, um über Maßnahmen der Ortsverwaltung zu beraten. In den meisten Bezirken findet alle Monat eine Versammlung statt, meistens mit einem Referenten. Die Art der Agitation, Zahl der Referenten usw. ist dem Bezirksleiter mit seinen Vertrauensleuten überlassen. Nur da, wo es sich um größere Aktionen handelt, oder wo die Ortsverwaltung etwas verlangt wird, greift sie ein. Durch diese Einteilung ist es möglich, daß jeder Kollege im Stande ist, entsprechend seinen Fähigkeiten für den Verband zu arbeiten, sowie daß ein steter Zusammenhalt hergestellt ist zwischen den leitenden Personen und den Mitgliedern. Auf dieser Grundlage beabsichtigt nun die Zahlstelle Berlin alle Vororte als selbständige Bezirke anzuschließen und hierdurch dem allgemeinen Wirrwarr ein Ende zu bereiten. Leider wird dieses Beabsichtigen von einigen Zahlstellenleitern zu hindern versucht. Da die Gegner der Verschmelzung bis jetzt noch nicht einen einzigen kräftigen Grund ihrer Segnerschaft aufzählen konnten, so muß ohne weiteres angenommen werden, daß sie eben einen solchen nicht haben. Mangel an Zeit und Geld, Kraft und Energie wird unter den heutigen Verhältnissen angegeben, wieweil Folge davon mit der gestörten Arbeit und dem doppelten ausgegebenen Geld erzielt werden, wenn eine Abzögerung vorhanden wäre. Jetzt haben wir Zahlstellen, welche absolut nicht für ihre Agitation zu tun brauchen, weil ihre Mitglieder alle an anderen Orten wohnen und ihr nur angehören, weil sie am Orte arbeiten. Umgekehrt haben andere Zahlstellen viele Arbeiter, aber keine Mitglieder, denn die arbeiten ja anderswo und sind anderswärts organisiert. In der einen Zahlstelle verschmilzt das Geld, in der anderen wird es notwendig gemacht, es ist aber nicht da. In einer Zahlstelle setzen die Kräfte, weil sie anderswärts wohnen, in der anderen, weil sie wo anders organisiert sind und so weiter. Bei einer Verschmelzung wäre dem allen mit einem Schlage abgeholfen. Es findet eine richtige Verwendung der Kräfte sowie der Agitation statt, alles was da ist, ist für alle gleichmäßig da. Alle die doppelten Agitationen von mehreren Zahlstellen in derselben Fabrik, wie sie heute an der Tagesordnung sind, verschwinden mit einem Mal und ein einheitliches, geschlossenes Vorgehen sämtlicher Kollegen wäre garantiert. Bei Unzufriedenheiten kommen jetzt häufig drei und noch mehr Zahlstellen in Frage, kommt es zum Skrupen, dann muß gewöhnlich der Gewerkschaftsleiter oder der Berliner Beamte

einbringen, um die verfahren Karte aus dem Dreck herauszuholen. Anstatt nun die Abschaffung derartiger Zustände mit Freuden zu begrüßen, zum mindesten aber sachlich zu prüfen, werden im Gegenteil alle Mittel in Bewegung gesetzt, um die Berliner Pläne zu durchkreuzen. Als die Kollegen der Zahlstelle Berlin mit großer Majorität beschlossen, einen Extrabeitrag von 5 Pf. pro Woche zu erheben, hat man sich nicht geschert, im Bezirk Kammelsburg dafür zu agitieren, die Kollegen sollten sich einer Vorortzahlstelle anschließen, da bräuchten sie die 5 Pf. nicht zu zahlen. Daß die Vorortzahlstellen schon immer in Berlin wohnende Mitglieder hatten, ist schon so alt, als die Vorortzahlstellen selbst. In dieser Beziehung ist Berlin sehr tolerant und regt sich daher nicht weiter darüber auf.

Als vor ganz kurzer Zeit in Niebelschne die Verschmelzungsfrage auf der Tagesordnung stand und Schreiber dieses hierüber in einer Versammlung referierte, hatten die Zahlstellen Abenda, Adlershof und Oberschöneeweide zusammen acht Mann nach dort geschickt, um gegen die Verschmelzung zu wirken. Es ist im höchsten Grade bedauerlich, daß Verbandsgegner, die mühsam genug gesammelt werden, dazu benutzt werden, um gegen den Verband zu agitieren. Da ich von der Meinung bin, daß die Kollegen der in Frage kommenden Zahlstellen mit einem derartigen Mißbrauch ihrer Beiträge nicht einverstanden sein dürften, so unterbreite ich ihnen dies zur Kenntnisnahme, ich glaube schwerlich, daß sie mit dem Vorgehen ihrer Führer zufrieden sind. In allen in Frage stehenden Zahlstellen sind mir persönlich Kollegen bekannt geworden, welche die Vorteile der Verschmelzung wohl zu wärtigen wissen. Wohl aber die Kollegen bis jetzt nur immer von den angebliebenen Schäden der Verschmelzung gehört haben, die Gründe dafür aber noch nicht prüfen konnten, deshalb wollen wir ihnen Gelegenheit geben, beide Seiten zu hören, damit sie selbst urteilen können, was gut und nicht gut ist. Darum mögen die Kollegen der Vororte Berlins an ihre Ortsverwaltungen das Verlangen stellen, daß sie über die Pläne Berlins aufgeklärt werden. Wir, die Vertreter der Zahlstelle Berlin, sind bereit, in allen Vorort-Zahlstellen ein Referat zu halten über die Verschmelzungsfrage. — Mögen die Kollegen darüber debattieren und sich entscheiden, was gut und was besser ist, und sich nicht länger durch die Scheingelände ihrer Bevollmächtigten beeinflussen lassen. Wenn sie dies tun, werden sie zu demselben Ergebnis kommen wie die Zahlstellen Weisenfer, Schöneberg und Hirsdorf, welche sich der Zahlstelle Berlin bereits angeschlossen haben. Darum nochmals, Kollegen, prüft alles und wählet das Beste, der Erfolg wird sein die Zahlstelle Groß-Berlin. W. Funf.

## Korrespondenzen.

Berlin. Sonntag, den 23. Mai, tagte in Neumühl eine Gewerkschafts-Versammlung. Die maßgebenden Faktoren des Ortes hatten alles versucht, das Gelingen der Versammlung zu verhindern. Soll doch sogar der Herr Pastor von der Kanzel herab aufgefordert haben, die Versammlung nicht zu besuchen. Das Wunder, daß auch der Wirt des Versammlungsortes mit allem Nachdruck den Versuch machte, sein Lokal zu verweigern. Nachdem die Versammlung 1 1/2 Stunden getagt hatte, begaben sich eine Anzahl der Teilnehmer, etwa 40 an der Zahl, nach einem andern Lokale; die übrigen traten den Gehmeig an. Trotz dieser unglücklichen Störungen wird es doch gelingen, daß die Organisation in Neumühl Fuß faßt.

Berlin. Sonntag, den 28. Mai, war eine öffentliche Gewerkschafts-Versammlung nach dem „Feldschloßchen“ in Benda einberufen worden. Es war dies die erste Versammlung, welche in diesem Lokal tagte, und war selbige von 4 bis 500 Personen besucht. Ueber: „Unsere Klassen im Kampfe um Dasein“ hatte Genossin Frau Duntzer das Referat übernommen. In einem 1 1/2stündigen vorzüglichen Vortrag erfüllte die Rednerin ihre Aufgabe. Beim zweiten Punkt der Tagesordnung erstattete der Kollege Kiebel seinen Bericht vom 1. Quartal. Demselben ist zu entnehmen, daß Ausgabe und Einnahme mit 289,50 Mk. balancierten. Die Mitgliederbewegung gestaltete sich folgendermaßen: Bestand vom 4. Quartal 1904: 60 Mitglieder; eingetreten 30 Kollegen; 2 Mitglieder traten der Organisation den Rücken; 2 Mitglieder reisten ab und 1 Mitglied mußte wegen unfolgsamer Handlungswelle während unseres Lohnkampfes ausgeschlossen werden. Mitgliederbestand am Schluß des 1. Quartals 1905: 85. Der Referent Kollege Schlegel erklärte, die Kasse in Ordnung gefunden zu haben, und erteilte die Versammlung dem Vertrauensmann Entlastung.

Brechenheim. Am 23. Mai tagte hier eine öffentliche Arbeiter-Versammlung in der Kollege Knächel aus Offenbach über das Thema: „Die Gewerkschaften im Kampfe der Menschlichkeit“ referierte. Der Vortrag fand großen Beifall. In der Diskussion wurde auf Zustände verwiesen, die für die Arbeiter sehr bedauerlich sind. Die Referatgeberin sprach über die lange Arbeitszeit, welche 11—12 Stunden beträgt, Klage geführt. Die Bezahlung ist so niedrig, daß nicht einmal unaufrichtige, geschweige deutsche Arbeiter es aushalten. So ist man denn auf Frauen gekommen.

Bromberg. Eine öffentliche Versammlung der in Fabriken und Schneidereien beschäftigten Arbeiter tagte hier am 21. Mai. Als Referent war Kollege Bennewitz erschienen, der sich in eingehender Rede über die Ziele der Gewerkschaftsbewegung verbreitete. In der Debatte nahm Herr Krug, Sekretär des christlichen Verbandes, das Wort. Dieser erklärte an, daß der Referent streng sachlich gesprochen habe, zog aber sofort in Zweifel, daß die freien Gewerkschaften den Paragrafen ihrer Statuten, der von Ausschluß der Erziehung aller religiösen und politischen Anseinerunterlegung handelt, ernst nehmen. Der Herr legte folgende Resolution vor: Die Königstreuen, christlich- und nationalgefärbten Hilfs- und Transportarbeiter der hiesigen Versammlung wollen ihre wirtschaftliche Lage verbessern, verschmähen aber die Taktik des Hasses und Klassenkampfes, wie sie von den Verbänden der freien Gewerkschaftsbewegung, die auf dem Boden der Revolution stehen, verfolgt wird. Sie schließen sich dem Verbande der Hilfs- und Transportarbeiter und verschiedener Berufe Deutschlands mit dem Sitz in München an und treten damit in die christlich-nationale Arbeiterbewegung. Die folgenden Redner stellten sich jedoch auf den Standpunkt der freien Gewerkschaften und rechneten mit dem christlichen Redner gründlich ab. Es fand diese Resolution Annahme: Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verpflichtet sich, nach Kräften für den Ausbau der modernen Organisation zu agitieren, damit dieselbe als einzig berechtigte Arbeitervertretung blühen und gedeihen möge zum Schutze der Arbeiter, zum Druck gegen die Kapitalisten.

Düsseldorf. Eine öffentliche Versammlung tagte am 23. Mai in der „Lönendurg“. Als Referent sprach Kollege Reuring aus Dresden über das Thema: „Die Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen im 20. Jahrhundert“. Redner verstand es, an Hand mehrerer Beispiele die erbärmliche Lage der Arbeiter von früher bis auf den heutigen Tag zu schildern und deren Unterdrückung durch das Unternehmertum zu erklären. Die Arbeiter müßten ihre Rechte nur wirksam wahrnehmen, wenn sie in der Organisation dem Unternehmertum als Macht gegenüberstehen. Die Arbeiterkraft sei auf dem besten Wege, eine Macht zu werden, denn heute stelle sie schon 2 Millionen freier Gewerkschaftsmittglieder. Redner ging dann noch des längeren auf die Unterdrückungs-Einrichtungen unserer Organisation ein und forderte die Anwesenden auf, sich unserm Verband anzuschließen. In der Diskussion wurden die hiesigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse einer kritikal unterzogen, die mit den trauen Miets- und Lebensmittelpreisen nicht zu vereinbaren seien. Den Anwesenden wurde noch angeheimgestellt, nur bei Wirtin zu verkehren, welche boykottfreies Bier verzapfen.

Hennsburg. In dem Werftarbeiterstreik ist noch mitzu-  
teilen, daß am Dienstag, den 23. Mai, eine Verhandlung mit  
der Direktion stattfand. An dieser nahmen außer den Mit-  
gliedern des Arbeiterausschusses der Vertreter der Werftarbeiter,  
Delzig, der Metallarbeiter, Junge, der Schmiede, Werner, und  
der Hülsenarbeiter, Lörger, teil. In dieser Sitzung erklärte die  
Direktion, daß eine Verhandlung auf Grund des Tarif-  
vertrages unmöglich sei. Andere Vorschläge hat die Direktion  
auch noch nicht gemacht. Die Vertretung erklärte weiter, ohne  
in eine Diskussion einzutreten, nachdem nunmehr ein gegen-  
seitiger Meinungsaustausch stattgefunden, würde uns baldigst  
eine diesbezügliche Antwort zugehen. In Wirklichkeit liegen die  
Lohnverhältnisse so: Von 125 unserer am Streik beteiligten  
Kollegen erzielten 2 einen Stundenlohn von 26 Pf., 16 von  
27 Pf., 14 von 28 Pf., 11 von 29 Pf., die übrigen 80 und 21 Pf.  
pro Stunde. Genau so liegen die Lohnverhältnisse bei einem  
Teil der Handwerker. Nur durch Überstunden und Über-  
arbeit ist es dem einzelnen Arbeiter möglich, annähernd den  
angegebenen Durchschnittslohn zu erreichen. Für die Rich-  
tigkeit obiger Angaben bürgen ebenfalls einige Stichproben aus  
den Lohnlisten der Hülsenarbeiter. Bei einer Arbeitsdauer von  
51 Wochen wurde ein Jahresverdienst von 765,96 M. = 15 M.  
pro Woche erzielt, bei einer Arbeitsdauer von 49 Wochen wurde  
ein Jahresverdienst von 999,41 M. = 20 M. pro Woche  
erzielt, bei einer Arbeitsdauer von 51 Wochen wurde ein Jahres-  
verdienst von 908,65 M. = 17,80 M. pro Woche erzielt. Neben  
dem Gewerberat hat sich auch der Gewerbe-Inspektor Auktant  
über die Forderung erbeten. Die Vertretung will aber dem  
Anschreiben noch von beiden nichts wissen, da erstere mit seiner  
ihrem Zahlenmaterial alle Ursache hat, das Tageslicht zu  
scheuen, weshalb sie auch das Gewerbegericht als Eingangsamt  
ablehnte.

Gelnhausen. Eine Agitationsreise, die an die Zeiten des  
Sozialistengesetzes erinnert, erlebten am Montag der Sanleiter  
Knoche-Offenbach und der Geschäftsführer Köppler-Frankfurt.  
Die Berliner-Frankfurter Gummiwerke haben in Gelnhausen,  
ohne daß es genannt ist, eigentlich die größte Fabrik. Nun  
liegen die Berliner Gummiarbeiter im Streik und es war  
unser Pflicht, die Gelnhäuser Arbeiter darüber aufzuklären.  
Am Montag in Gelnhausen angekommen, wurden zunächst Er-  
mittlungen angestellt über die Verhältnisse in der Fabrik usw.,  
dann ging es an das Kolalichchen, zwei Säle gibt es nun  
in Gelnhausen, die gehören den Bürgerlichen, weil von  
Arbeiterbewegung noch keine Spur vorhanden ist. Nach  
langen Unterredungen gelang es endlich, den einen  
Birt zur Vergabe seines Saales zu bewegen. Unter-  
dessen war es bereits Mittag geworden und noch waren  
keine Einladungen angefertigt, die in der Mittagstunde  
verteilt werden sollten. Flugs wurde auf dem Felde eine Ge-  
heimdruckerei aufgeschlagen und um 1/4 Uhr waren 400 Sanf-  
getzel angefertigt und die beiden Kollegen waren auf dem  
Posten zur Verteilung. Ein Beamter der Fabrik, der in der  
Nähe wohnt, merkte es und setzte sofort den Polizeiparade in  
Bewegung. Es dauerte auch gar nicht lange und die heilige  
Germanabad erschien auf der Bildfläche. Nach einer kurzen Aus-  
einanderlegung wurden die beiden verhaftet zur Feststellung der  
Personalien und zur Untersuchung des geheimnisvollen Palais.  
Bei Deffnung des letzteren überlief der Herr Polizist ein  
Schred, er war sprachlos und schaute aus an. Endlich ent-  
zerrte sich seinen Lippen: „Was — eine Druckmaschine — und  
Flugschriften? — Auf diese Sachen lege ich hiermit Beschlagnahme.“  
Selbstverständlich protestierten die zwei dagegen, aber es  
half nichts, sie mußten ihren Stempelsteinen und Bedeu-  
fungen daliegen. Während diese Szene sich im Polizeibureau  
abspielte, wurde das Telefon zu dem Birt in Bewegung  
geleitet. Nachdem die Herren zu Mittag gegessen, wurde  
ihnen mitgeteilt, daß sie den Saal nicht haben könnten. Wenn  
so auch an diesem Tag in Gelnhausen nichts erreicht werden  
konnte, so bereiten doch die Kolalich- und Betriebsbeamten  
unseren beiden einige so ergiebige Stunden, wie sie bei  
der schweren Agitationsarbeit nicht oft besetzt werden.  
Wie wir in Gelnhausen feststellen haben, wird die Berliner  
Streikarbeit dort festgesetzt. Wir haben weiter festgestellt,  
daß der früher in Frankfurt, jetzt in Gelnhausen als Vor-  
arbeiter tätige Hilpert auf der Suche nach Arbeitswilligen bei  
Frankfurter Kollegen gewesen ist. Wenn auch ersichtlichweise  
bis jetzt ohne Erfolg, so ist es doch nicht ausgeschlossen, daß  
er seine Tätigkeit auch bei anderen Kollegen versucht. Deshalb  
weist diesen Sucharbeiter energisch die Färe. Auch auf die  
Zeitungen in den Zeitungen (auch in der Arbeiterpresse) solle  
keiner hinzu, wer nicht als Verdächtig an der Arbeiterfrage ge-  
braucht werden will. Gummiarbeiter, Abt volle Soli-  
darität!

Nun noch einige Worte an die Gummiarbeiter in Geln-  
hausen. Die lange noch, Kollegen, wollt ihr als Mensch  
euch behandeln lassen gegen eure, um bessere Lohn- und Arbeits-  
bedingungen kämpfenden Brüder? Die kleine Lohnhöhung,  
die euch bei Ausbruch des Berliner Streiks gegeben wurde,  
habe ich euch nur erhalten durch den Kampf der dortigen Kol-  
legen, und weil sie euch diese Lohnhöhung verschafft haben,  
deswegen sollt ihr ihnen in den Rücken und verrätet Streik-  
arbeit. Aber auch dafür hat man euch beschenkt, ein Wahlrecht  
mit 13 gewählten Vertretern habt ihr als Judenlohn erhalten!  
Herr, Kollegen, begreift ihr jetzt, was ihr den übrigen  
Gummiarbeitern gegenüber getan habt und noch tut? Begehrst  
ihr denn gar nicht, welche trauriges Dasein ihr in Gelnhausen  
führt? Bedenkt, die 12- bis 14stündige Arbeitszeit ist für  
euch dazu angesetzt, ein menschenwürdiges Dasein zu führen.  
Wie kann da die Rede sein von einem glücklichen Familienleben,  
wenn man durch die lange Arbeitszeit abgerackert nach Hause  
kommt und schon beim Abendessen einschläft. Deshalb,  
Kollegen, Gummiarbeiter von Gelnhausen! Macht auf, schließt  
euch der Organisation an, und es wird euch gelingen!

Hamburg. Die Mitglieder-Versammlung vom 15. Mai  
hatte über einen gedruckt vorliegenden Antrag der Verwaltung  
zu beraten, welcher die Erhebung eines Sozialbeitrages von  
5 Pf. pro Woche für die männlichen und 3 Pf. pro 14 Tage  
für die weiblichen Mitglieder forderte, unter Wegfall der bis  
jetzt monatlich geleisteten 5 Pf.-Beiträge für das Arbeiter-Schut-  
tarif. Die Verwaltung der Zahlstelle wüßte sich dann im  
ganzen auf 14.000 M. belaufen bei 3000 voll zahlenden Mit-  
gliedern. Die Verwaltung beantragte gleichzeitig die Aufhebung  
des jetzigen Hülsenarbeiter-Tarifsystems, und statt dessen Einföhrung  
der wesentlichen Forderungen, und Anstellung fünf besoldeter  
Kassierer, welche gleichzeitig das Rechnungswesen am Bureau zu  
übernehmen hätten und befähigt sein müßten, Vertretungen  
anzurufen und die Verwaltung in solchen  
zu vertreten. Der Kassierer dieser fünf Beamten mit einem  
Gehalt von 1600 M. pro Jahr würden die Gesamtsumme  
für ein Jahr von 12.000 M. belaufen, jedoch ein Ueberschuß von  
1.200 M. verbleibe, der zu Zinseszinsen bei Streik- und Auf-  
regelungs-Unterstützungen zu verwenden wäre, ähnlich wie  
solches bei den übrigen Zentralverbänden hier gebräuchlich sei.  
Es wurde dann in der Debatte selbstredend alles Mögliche  
und Unmögliche gegen diese Vorlage ins Feld geführt, teilweise auch  
vorne Kämpfer, denen man wohl mehr Gerechtigkeit zuzurufen sollte,  
als daß sie wegen einer Beitragserhöhung von 5 Pf. pro  
Woche aus einer Mitglieder-Versammlung prophagierten. Schließlich  
nachdem die Kollegen Säger, Hegmann, Lemmerow und  
besonders übergeordneter Weise auch Frau Jürg auf das Voll-  
kome aller Gegenstände hingewiesen, legte bei der Majorität  
die vernünftige Einsicht, daß wir den heutigen Verhältnissen in  
Hamburg uns anpassen müssen und nicht ein Stück Mittelalter  
hinführen wollen, die Verwaltungsvorschläge bilden  
sollten. Die Abstimmung, welche trotz der sehr vorgetriebenen  
Zeit mittels Stimmzettel vorgenommen wurde, ergab die

Annahme der Vorlage mit einem Stimmenverhältnis von 160  
gegen 105.  
Kell. Eine öffentliche Versammlung tagte am 1. Mai im  
Bokale des Herrn Kell. Zur Tagesordnung, Zweck und Nutzen  
der Organisation, sprachen Kollege Eiser-Frankfurt und Frau  
Kraus aus Bern in der Schweiz. Der Kollege Eiser führte aus,  
daß die Gewerkschaftsbewegung Deutschlands sich gut entwickelt  
habe, aber trotz alledem sei die betrübende Tatsache zu konstatieren,  
daß noch meistentens die Mehrzahl der Arbeiter den Organisationen  
fernstehe. Am hebezerhöfsten sei die Zersplitterungsarbeit der  
christlichen und nicht-christlichen Gewerkschaften. Die Unter-  
nehmer hätten einseitige Organisationen, die sich nicht nach  
politischen und weltlichen Glaubensfragen absonderten. Mit  
dem Wahrsatz, unermüßlich für die Organisation zu wirken,  
schloß Herr Kell. Frau Kraus gab eine historische Schilderung  
der Kämpfe, die vom Anfang der Kultur von den Unter-  
drückten und Schwächsten geführt worden sind. Sein Zeit-  
abschnitt habe so große und gut disziplinierte Scharen Kämpfer  
aufzuweisen gehabt, wie die Gegenwart. Wenn von den orga-  
nisierten Arbeitern und Arbeiterinnen der Kampf gegen den  
Individualismus geführt werde, tapfer und andauernd, dann  
würden die Organisationen einen noch größeren Einfluß auf die  
Lohn- und Arbeitsbedingungen bekommen, als sie heute schon  
haben. Mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung ging die  
Versammlung aus. **Magdeburg.** In der Riffenfabrik G. Jesau wurden den  
Maglern auf eine bestimmte Sorte Riffen (Schönebender  
Dunkelrotfabrik) Abgabe vom Arbeitslohn gemacht. Infolge-  
dessen legten am 2. Mai zehn Kollegen die Arbeit nieder; vier  
andere, die es ablehnten, die Arbeit der Streikenden zu ver-  
richten, wurden ebenfalls entlassen. Nachdem sich die übrigen  
Arbeiter entschlossen hatten, zugunsten der Magler die Arbeit  
einzustellen, kam eine Einigung zustande, indem Herr Jesau  
auf andere Sorten Riffen Zulagen gewährte, so daß die Abgabe  
damit ausgeglichen sind. Am 8. Mai wurde die Arbeit wieder  
aufgenommen. Auch in mehreren Ziegeleien haben Lohn-  
bewegungen stattgefunden. Bei Wierert 2. und 3. sind die  
Arbeitslöhne erhöht worden, und zwar sei der Preis von  
2,60 auf 2,80 M., beim Ofen von 1,50 M. auf 1,55 M. und  
beim Unstrücker von 40 Pf. auf 50 Pf. pro tausend Steine.  
Ähnliche Lohnaufbesserungen sind auch bei Mertens und bei  
Franko erfolgt. In letzterer Ziegelei ist außerdem die tägliche  
Arbeitszeit von 10 1/2 auf 10 Stunden herabgesetzt worden.  
In einer großen Anzahl Ziegeleien hat die Organisation noch  
nicht festen Fuß gefaßt; die Arbeitsbedingungen sind die  
denkbar schlechtesten. Aber auch hier ist der erste Schritt zur  
Besserung getan. Am 30. April hat in der Schmelzerhalle  
eine öffentliche Ziegelearbeiter-Versammlung stattgefunden, in welcher  
Kollege Großmann über: „Die wirtschaftliche Lage der Ziegelei-  
arbeiter und die Bedeutung der Organisation“ sprach. Dreißig  
Kollegen erklärten ihren Beitritt zum Verband, und eine ebenso  
große Anzahl ist nachträglich diesem Beispieler gefolgt, so daß  
begründete Hoffnung vorhanden ist, daß es den Ziegelearbeitern  
Magdeburgs und Umgegend gelingt, ihre Interessen mit Hilfe  
der Organisation wirksam zu schützen und zu fördern.

Reichen. Dienstag, den 5. Mai, tagte eine Versammlung  
in der „Goldenen Weintraube“. Kollege Keuring aus Dresden  
sprach über: „Die Notwendigkeit der Anstellung eines Orts-  
beamten und der Erhöhung der Sozialbeiträge“. Die Anstellung  
eines Beamten sei für eine Zahlstelle mit der Mitgliederzahl,  
wie Reichen sie aufweise, notwendig. Die Mitgliederzahl sei  
auf 1000 angewachsen, und da sei eine Fülle von Arbeit zu  
erledigen, die man nach Feierabend nicht mehr bewältigen  
könne. Die Anzahlung der Unterstützung und die Kontrolle  
erfordere im Interesse der Kollegen die Anstellung. Die  
Möglichkeit, einen Beamten anzustellen, sei auch gegeben. Es  
bedarf nur der Erhöhung des Extrabeitrages auf 5 Pf. pro  
Woche. Ein Kollege, der Interesse an der Entwicklung des  
Verbandes habe und dem die gute Abwicklung der Geschäfte  
angelegen sei, werde an der Erhöhung des Sozialbeitrages  
gewiß nicht Anstoß nehmen. Die Anstellung eines Beamten  
würde beschließen und der Sozialbeitrag von 2 1/2 auf 5 Pf.  
erhöht. Es wurden dann noch verschiedene Angelegenheiten  
lokaler Charakters erledigt.

Schneeberg im Riesengebirge. Wir hielten seit Jahres-  
frist unsere Versammlungen im Gasthaus „Zum braunen Hirsch“  
ab, bis dieser vor kurzem durch Verkauf in den Besitz des Herrn  
Wimmer überging. Obwohl dieser von der hiesigen Arbeiter-  
schaft durch Beschluß aufs beste unterstützt wurde, weigerte er sich,  
uns seine Lokalitäten zu Versammlungen zu überlassen. Aus  
diesem Verhalten ist nur die Schlussfolgerung zu ziehen, daß der  
Herr auf Anbiederung als Arbeiterstreifen verachtet. Unser neues  
Versammlungslokal ist das Gasthaus „Zu den drei Kronen“,  
dessen Besatz allen Kollegen aufs angelegentlichste empfohlen sei.

Bedel. Auf den Riffen der Kiesgruben der Herren Stüden  
& Andree in Hamburg befanden bislang folgende Lohn- und  
Arbeitsverhältnisse: 30 Pf. pro Stunde; 14 Tage 33 Pf.; für Über-  
stunden und Sonntagarbeit wurde kein Aufschlag gezahlt;  
jeder Neueingestellte mußte einen Kontrakt unterzeichnen, in  
dem a. a. gesagt wird, daß ihm je nach seinen Leistungen Be-  
zahlung werden würde; Lohnzahlung alle 14 Tage; ein Ar-  
beiter-Ausschuß existierte nicht. Vor einigen Wochen engagierte  
die Kiesgrube einen neuen Schichtmeister, Herrn A. Koch, mit  
dem Auftrag, 20 gute Leute mitzubringen. Kurz vor der  
Ankunft dieses Schichtmeisters wurden nun ca. 30 Leute ent-  
lassen, weil ja der Schichtmeister durch seine 25 Arbeiter für  
diese 30 Leute sorgen mußte. Koch brachte nun aber nicht 25, sondern  
nur drei Arbeiter mit; die Folge davon war, daß die am  
Sonntagabend Entlassenen am Montag wieder anfangen konnten.  
Es wäre doch nun etwas ganz selbstverständliches gewesen,  
daß die Leute den zuletzt erhaltenen Lohn weiter bezögen.  
Das geschah aber nicht; sie wurden einfach als „Neueingestellte“  
betrachtet und erhielten wieder nur 30 Pf. pro Stunde — den  
Anfangslohn. Drei Arbeiter waren nun damals von den  
Gruben selbst etwas entfernt bei Landarbeit beschäftigt; diese  
waren vorher nicht mit entlassen worden, aber trotzdem wurde  
diesen, als die anderen wieder anfangen, 3 Pf. von ihrem  
Stundenlohn wieder abgezogen, und erhielten sie dann also  
wieder nur 30 Pf. pro Stunde. Am Sonntagabend, den 6. Mai,  
bemerkten die alten Arbeiter der Kiesgrube, daß der neue  
Schichtmeister seinen mitzubringenden Arbeitern (der eine von  
den dreien war inzwischen wieder abgereist) einen Stundenlohn  
von 35 Pf. anzahlte; sie wurden deshalb am Montag, den  
8. Mai, bei dem Meister Koch um diese Aufbesserung von  
2 Pf. pro Stunde nachgefragt. Er sagte ihnen dann, daß er  
seiner Leute diese 2 Pf. aus seiner eigenen Tasche bezahle,  
und konnte er sie ihnen nicht auch geben. Die Folge dieses  
ablehnenden Bescheides war, daß die Arbeit nach Frühstück  
nicht wieder aufgenommen wurde und daß drei Arbeiter sofort  
zu Herrn Stüden nach Hamburg geschickt wurden, um ihm  
diese Angelegenheit vorzutragen. Herr Stüden versprach, am  
nächsten Tage nach Hiesigen zu kommen, um zu unterhandeln.  
Sie sollten morgen früh, am Dienstag, den 9. Mai also, nur  
ruhig wieder an die Arbeit gehen. Das geschah denn auch,  
und legte man ihm am Mittwoch einen Schularn vor, in dem  
gefordert wurde: 1. Stundenlohn 35 Pf., auch für jeden An-  
fänger; 2. Überstunden und Sonntagarbeit die Stunde 40 Pf.;  
3. die Lohnzahlung erfolgt jeden Sonntagabend während der  
Arbeitszeit; 4. Befreiung der Arbeiter von Steuern; 5. bei  
Lösung des Arbeitsverhältnisses Auszahlung des ganzen Geldes  
und Aufhebung der Papiere. Am Sonntagabendung hatte  
Herr Stüden noch kein Antwort gegeben; da war es den  
Leuten dann doch zu viel. Sie wollten nun bis mittags 1 Uhr  
Bescheid haben, und der ließ denn auch nicht auf sich warten.  
Die 23 Antragsteller wurden entlassen. Unserem Verban-

gehörten von diesen 23 Arbeitern 12 an. Am 16. Mai wurden  
durch den Bauvorsteher, Kollegen Dorger, und den Kollegen  
Falk-Bebel noch einmal Verhandlungen angebahnt, die dann  
zu einem annehmbaren Vertrag für die beteiligten Kollegen  
verliefen.

Weiwar. Sonntag, den 21. Mai, tagte im „Deutschen  
Haus“ eine öffentliche Versammlung mit folgender Tages-  
ordnung: „Die Gefahren für die Arbeiterfrage“. Referent war  
Kollege Keuring aus Dresden. Der Redner schilderte die Lage  
der Arbeiter und Arbeiterinnen, und die Hindernisse, auf welche  
sie bei dem Kampf um die Besserung ihrer Lage stoßen. Es  
wurden besonders die Arbeitgeberverbände genannt, die durch  
Ausperrungen die Arbeiter bedrängen. In der Diskussion  
wurden die Uebelstände am Orte gekennzeichnet. Es ließen  
sich mehrere Kollegen als Mitglieder aufnehmen.

### Leistung.

Bei der Hauptkasse gingen seit dem 24. Mai  
folgende Beiträge ein:  
Oberschneweide 600,—, Stettin 300,—, Uedermünde 102,70,  
Jonty 74,52, Gr.-Obersleben 1,40, Zibersch a. Rh. 40,50,  
Hamburg 80,—, Bremen 350,—, Ritterfeld 78,23, Spandau  
5,02, Gannover 450,—, Dresden 600,—, Leipzig 600,—,  
Mienburg a. S. 200,—, Mülheim a. Rh. 250,—, Walters-  
hausen 147,44, Bürgel a. M. 101,29, Walsenbittel 42,06,  
Dessau 390,75, Brandenburg a. d. S. 60,—, Breslau 55,—,  
Rat 10,—, Glauchau 1,20, Thale a. S. 173,15, Dortmund  
36,—, Elsterwerda 20,—, Braunschweig 1000,—, Odenbach  
300,—, Uedermünde 100,—, Coswig i. Anh. 100,—, Kreme  
18,30, Radel-Rege 4,20, Schornberg 45,58, Markfrankfurt  
400,—, Rodeburg 400,—, Niederlehne 300,—, Berder 150,—,  
Stodelsdorf 100,—, Oberursel 22,44, Brandis 200,—, Ober-  
schlesien 3,—, Mägeln 400,—, Neufeld 100,—, Altona 300,—,  
Schönebeck (Elbe) 200,—, Kaiserlautern 100,—, Jagnid 100,—,  
Salder 37,70, Bieder a. M. 52,56, Partia 200,—, Heilbronn  
100,—, Meisen 600,—, Sonderburg 117,70, Heilen 100,—,  
Mundenheim 100,—, Schweidnitz 17,72, Golditz 52,84, Eifens-  
berg (Hfals) 88,45, Schenky 550,—, Rölln 151,15, Zülchow  
281,30, Hensburg 300,—, Elmhorn 300,—, Zangermünde  
100,—, Egeln 58,67, Stadtkum 16,36.  
Schluß: Dienstag, den 6. Juni, mittags 12 Uhr.

Die Einzelmitgliedschaft Meichen hat die  
Zustimmung zur Erhebung eines Extrabeitrages von  
5 Pf. pro Woche für männliche Mitglieder und 5 Pf.  
pro 2 Wochen für weibliche Mitglieder erhalten.  
Die Zahlstelle Sonderburg hat die Zustimmung  
zur Erhebung eines Extrabeitrages von 5 Pf. pro Monat  
erhalten.  
Die Zahlstelle Altenburg erhebt von Kollegen  
10 Pf., von Kolleginnen 5 Pf. pro Monat.

Ausgeschlossen wegen unsolidarischen Verhaltens ist  
Emil Kollé (B.-Nr. 21947) in Dresden.

### Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

Bieberach. Karl Neubrand, Gerbergasse 19.  
Cöthen. Aug. Wenzel, Bergstr. 24.  
Dortmund. Karl Rabau, Annen i. Westf., Bismarck-  
straße 13, I.  
Effen. Max Hein, Allen-Essen, Inselstraße 22.  
Radel-Rege. M. Quarlow, Wöfenerstraße 120, II.  
Regensburg. Otto Pfeil, Obere Bachgasse C. 130, III.  
Straßburg. Gust. Nagel, Frankendamm 38.  
Schiffstadt, Pfalz (Gau?). Wilh. Schäfer, Klappengasse.

### Briefkasten.

Dr.-Effe. E. Ueber Betriebsbesprechungen bringen wir  
Berichte nicht.

### Inserate.

Die Mitgliedschaft Meichen sucht einen  
**Geschäftsführer.**  
Die Bewerber haben eine selbständige schriftliche Arbeit  
einzureichen über folgende Fragen:  
1. Die Aufgaben eines Geschäftsführers.  
2. Wie ist die Agitation am erfolgreichsten zu betreiben?  
3. Wie hat sich der Geschäftsführer bei bevorstehenden  
Arbeitsstörungen und Aussperrungen zu verhalten?  
Bewerber müssen zur Abhaltung von kleineren Agitations-  
Vorlesungen (d. h. zu Fabrikversammlungen zc.) befähigt sein.  
Bewerbungen sind bis zum 30. Juni d. Js. mit der Auf-  
schrift „Bewerber“ an den Unterzeichneten einzusenden. Die  
Anstellung erfolgt nach der Wahl der Zahlstelle.  
Gustav Keuring, Dresden, Köhlnstr. 21.

### Zahlstelle Charlottenburg.

Sonntag, den 24. Juni:  
**7. Stiftungsfest**  
im großen Saale des „Volkshauses“, Köfmenstraße 3,  
bestehend in Festrede, komischen Vorträgen und großen  
Ueberraschungen.  
Anfang 8 Uhr. Um 12 Uhr Kaffeepause.  
Eintrittskarten für Damen 30 Pf., für Herren  
50 Pf. inklusive Tanz.  
Die Kollegen der umliegenden Zahlstellen sind hiermit  
freundlichst eingeladen.  
2,25 M. Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Lägerdorf.  
Reiseunterstützung wird jetzt in der Gastwirtschaft „Zur  
Erholung“ im Keller, Mittelweg, bei Gustav Schröder aus-  
gezahlt.  
10,75 M.

Zahlstelle Naumburg a. S.  
Unsere regelmäßigen Versammlungen tagen bis auf weiteres  
jeden Sonntag nach dem Festen, nachmittags 3 Uhr, im Lokale  
des Herrn Bestreidt. Um zahlreiches, pünktliches Erscheinen  
wird gebeten.  
1,05 M. Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Ziegel.  
Sonntag, den 18. Juni, nachmittags 3 Uhr, Mitglieder-  
versammlung bei Gelhaar. Wegen der wichtigen Tagesordnung  
ist das Erscheinen aller Kollegen notwendig.  
0,90 M. Die Bevollmächtigten.

**Stomkes Städtebuch.**  
Reiseführer durch Deutschland u. ang. Länder mit Eisenbahn-  
und Begleitkarte, 356 Seiten, geb. 1,20. In allen Buchhandl. zu  
haben oder gegen Einsendung von 1,40 M. bei G. Stomkes  
Verlag, Meierfeld.